

Parteien zur Wahl 2009:

Wie stehen die Parteien zur Wissenschaftspolitik?

Wissenschaft als Beruf

Wissenschaft in der Gesellschaft

Doktorandenausbildung

Wissenschaftskommunikation

Eine gemeinsame Initiative der

Doktoranden-Netzwerke in Deutschland:



MAX PLANCK

PhDnet



Helmholtz Juniors



Fragen aus den Reihen der NachwuchswissenschaftlerInnen

Die drei beteiligten DoktorandInnen-Netzwerke unterstützen die Ausbildung und fördern die Interessen der DoktorandInnen in Deutschland. Im Jahr 2007 wurden fast 23.843 Promotionen an deutschen Universitäten abgelegt.¹ Bei einer durchschnittlichen Promotionsdauer von etwa 4 Jahren, bewegt sich demnach die Gesamtzahl der Promovierenden in Deutschland in der Größenordnung von mindestens 100.000².

Als Promovierende an Universitäten, Forschungsinstituten und in der Wirtschaft sind wir maßgeblich an der Produktion von neuem Wissen beteiligt, sowie an der Verbreitung dieses Wissens durch Lehre und Öffentlichkeitsarbeit. Damit leisten wir einen großen Beitrag zu der gesellschaftlich wichtigen Arbeit der Bildung und Forschung.

Grundvoraussetzung für diese Arbeit sind eine ausreichende Finanzierung und gute Betreuungsbedingungen. Als junge Wissenschaftler in der ersten Berufsphase hoffen wir zudem auf eine Zukunft mit sicheren Karrierewegen sowie fairen und transparenten Aufstiegsmechanismen. Wir suchen nach praktikablen Möglichkeiten, Beruf und Familie zu verbinden.

Zu diesen und anderen Themen haben wir die fünf großen, deutschen Parteien befragt. In dieser Zusammenfassung werden Auszüge der Antworten aller Parteien gegenübergestellt. Die vollständigen Antworten jeder Partei können im Internet nachgelesen werden (<http://www.phdnet.mpg.de/>; <http://www.thesis.de>).

Unsere Zielsetzung ist es, mit den Antworten der Parteien sowohl unseren Mitgliedern als auch anderen Wissenschaftlern eine Entscheidungshilfe für die bevorstehende Bundestagswahl am 27. September 2009 zu geben.

Susannah Burrows (Kordinatorin der Umfrage, PhDnet)

Alexander Buck, Leonard Burtscher und Axinja Hachfeld (für das PhDnet)

Marcus Müller, Nicole Burkhardt und Jennifer Jablonski (für THESIS)

Sebastian Aderhold und Torsten Leitner (für die Helmholtz Juniors)

Herausgeber:



Das **Max Planck PhDnet** (DoktorandInnen-Netzwerk der Max-Planck-Gesellschaft) wurde 2003 gegründet. Es unterstützt den wissenschaftlichen Austausch und vertritt die Interessen von rund **5000** DoktorandInnen, die derzeit an einem Institut der Max-Planck-Gesellschaft oder im Rahmen einer International Max Planck Research School promovieren.



THESIS – Interdisziplinäres Netzwerk für Promovierende und Promovierte e.V. ist Anfang der 1990er Jahre gegründet worden. Mit ca. **700** Mitgliedern ist THESIS in den meisten Universitätsstädten in Deutschland vertreten. Im Zentrum der Arbeit stehen der interdisziplinäre Austausch sowie eine Vielzahl von Veranstaltungen zu hochschulpolitischen und fachspezifischen Themen.



Helmholtz Juniors

Die **Helmholtz-Juniors** bilden die Dachorganisation der Doktorandeninitiativen an den 16 Forschungs-Zentren innerhalb der Helmholtz-Gemeinschaft. Als solche vertreten sie die Interessen der ca. **3800** Doktoranden und haben u.a. ihre intensive Vernetzung zum Ziel.

1 Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 4.2 bis 2007.

2 Vgl. Gerhardt, A., Briede, U., Mues, C. (2005): Zur Situation der Doktoranden in Deutschland – Ergebnisse einer bundesweiten Doktorandenbefragung, S. 77 ff, IN: IHF, Beiträge zur Hochschulforschung, Heft 1, 27. Jahrgang, 2005, München.

Wissenschaft als Beruf

Wie bewerten Sie die Planbarkeit einer wissenschaftlichen Karriere in Deutschland? Welche Maßnahmen möchten Sie durchführen, um Defizite -- auch im internationalen Vergleich -- zu beheben und mehr junge Menschen für einen dauerhaften Verbleib im deutschen Wissenschaftssystem zu gewinnen?



Es gibt in Deutschland zu wenige Forscherinnen und Forscher, zu wenige junge Menschen entscheiden sich für eine Karriere in der Wissenschaft. Angesichts des demografischen Wandels und der Anforderung der Wissensökonomie muss dieser fatalen Entwicklung von Bund, Ländern und den anderen Wissenschaftsakteuren entgegengesteuert werden. Die Planbarkeit einer wissenschaftlichen Karriere in Deutschland ist mangelhaft. Das wollen wir ändern. Durch einen umfassenden Wissenschaftstarifvertrag, mehr Promotionsstellen und Graduiertenkollegs, eine Ausweitung von Juniorprofessuren, „Tenure Track-Regelungen“ und dauerhafte Stellen auch unterhalb der Professur.

CDU Die Ausgaben des Bundes für Forschung und Entwicklung sind von 2005 bis heute von 9 auf 12 Milliarden Euro gewachsen. Der Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) haben wir um mehr als ein Drittel auf 10,2 Milliarden Euro erhöht.

Die CDU will dem wissenschaftlichen Nachwuchs mehr Perspektiven bieten und die Planbarkeit wissenschaftlicher Karrieren stärken, Chancengerechtigkeit für Frauen verbessern sowie die Internationalisierung der deutschen Hochschulen und Karriereentwicklung inner- und außerhalb von Wissenschaft und Forschung voranbringen. Der "Bundesbericht zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses" (BuWiN) 2008 zeigt: die Nachwuchsförderung in Deutschland umfasst ein großes Spektrum und besitzt eine hohe Qualität. Gleichwohl gibt es keinen Grund, um nachzulassen.

Im Rahmen der Exzellenzinitiative wurden bisher rund 4 200 exzellente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eingestellt. Diese Erfolge wollen wir verstetigen: Bund und Ländern haben deshalb am 4. Juni 2009 die Weichen für die Fortsetzung der Initiative gestellt.



Eine wichtige Voraussetzung für die Gewinnung exzellenter Wissenschaftler und Nachwuchswissenschaftler aus dem In- und Ausland und deren dauerhafte Bindung an das deutsche Wissenschaftssystem ist ein eigenständiges Wissenschaftstarifsystem. Nur so ist es möglich, flexibel und angemessen auf internationale Bedingungen und Entwicklungen bei der Vergütung und Nebenabreden zu reagieren. Ein solches wissenschaftsadäquates Tarif- und Vergütungssystem dient einer gleichermaßen hohen Leistungsbereitschaft und Motivation innerhalb der Forscherteams.

DIE LINKE. Die mangelnde Planbarkeit einer Karriere stellt ein großes Hindernis für die Attraktivität der deutschen Wissenschaftslandschaft und für die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dar. DIE LINKE will wissenschaftsspezifische Regelungen in TVöD und TVL zur Absicherung des Mittelbaus, auch durch den Einbezug von Lehrbeauftragten und studentischen Beschäftigten. Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz muss grundlegend überarbeitet und die enthaltene Tarifsperrung gestrichen werden. „Unbefristete Befristungen“ auf Drittmittelstellen dürfen nicht länger erlaubt sein. Die Exzellenzinitiative ist kontraproduktiv, schafft sie doch ebenfalls nur befristete Drittmittelpositionen. Die Personal-

strukturen müssen modernisiert, mehr Dauerstellen für wissenschaftliche Tätigkeit „neben der Professur“ geschaffen und die Hochschulen endlich ausfinanziert werden. Tenure-Track-Vereinbarungen müssen auf Qualifikationsstellen und bei Juniorprofessuren die Regel werden.



Die Förderung der wissenschaftlichen Nachwuchskräfte ist dann Erfolg versprechend, wenn sie sich an den Bedürfnissen des jungen Nachwuchses orientiert. Klare, strukturierte Qualifikationswege, gute Karriereaussichten sowie hervorragende Bedingungen für die eigenständige wissenschaftliche Tätigkeit müssen daher im Mittelpunkt stehen.

Die SPD will aber auch die vorhandenen Bildungspotenziale in unserem Land besser mobilisieren. Und dies heißt im Bereich der wissenschaftlichen Ausbildung und Qualifizierung müssen wir den jungen Frauen mehr Chancen auf eine wissenschaftliche Karriere einräumen. Schließlich und endlich müssen wir mehr exzellente ausländische Nachwuchskräfte für eine wissenschaftliche Tätigkeit in unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen gewinnen.

Wie sehen Sie in diesem Zusammenhang die Bedeutung von "Tenure Track"-Regelungen und Nachwuchsprofessuren (Junior-Professuren) im deutschen Wissenschaftssystem? Wie können diese gefördert werden? Welche zusätzlichen finanziellen Mittel können Sie dazu zur Verfügung stellen?



Wir wollen mehr für die Verbreitung der Juniorprofessur tun. Von Beginn an müssen klare Bedingungen für die weitere Karriereplanung feststehen, dazu soll eine dem angelsächsischen „Tenure Track“ entsprechende Planbarkeit der Karriereschritte geschaffen werden. Die drei Wissenschaftspakete müssen endlich in der Haushaltsplanung finanziell unterlegt werden. Bisher ist das nicht der Fall. Wir Grüne sagen klar: Steuersenkungen können wir uns nicht leisten, wir brauchen eine Priorität für Ausgaben für Bildung und Forschung.



Mit dem Gesetz über befristete Arbeitsverträge in der Wissenschaft wurde 2007 die ursprüngliche Regelung der Juniorprofessur praxistauglicher gemacht und damit jungen Forscherinnen und Forschern bessere berufliche Perspektiven in Deutschland eröffnet. Wir haben die Möglichkeiten für die Befristung verbessert und eine familienfreundliche Komponente eingeführt. Zusätzliche Schritte müssen folgen – mit einem Wissenschaftsfreiheitsgesetz, das den Forschungseinrichtungen bei der Gestaltung ihrer Arbeitsverhältnisse neue Spielräume eröffnet.

Zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses gehören attraktive und international konkurrenzfähige Karriereperspektiven. Wir setzen uns für eine höhere Mobilität zwischen Wissenschaft und Wirtschaft mit einer Öffnung der Karrierewege sowie insbesondere für mehr "Tenure Track"-Stellen ein.



Die FDP möchte mit einem Wissenschaftstarifvertrag die Voraussetzungen für ein eigenständiges Tarif- und Vergütungssystem für Wissenschaftler, wissenschaftlichen Nachwuchs und wissenschaftlich-technisches Personal schaffen.



Die Juniorprofessur ist ein sinnvoller Einstieg in eine transparentere und evaluationsgestützte Personalentwicklung in der Wissenschaft. Sie sollte nicht der einzige Weg bleiben, zumal mit ihr auch spezifi-

sche Probleme, etwa wegen der Verbeamtungspraxis sowie der zeitlichen Befristung verbunden sind. Da ohne eine erneute Förderung der Ausbau der Juniorprofessur derzeit bei etwa 2,9 % der gesamten ProfessorInnenschaft stagniert, sollte eine Neuauflage spezifischer Bundesprogramme erwogen und der Tenure-Track verpflichtend integriert werden.



Zu den nachhaltigsten Weichenstellungen zählte sicherlich die von der SPD initiierte Einführung der Juniorprofessur. Sie hat die Qualifikationswege verkürzt, eigenständige Forschung und Lehre ermöglicht und die eigene Karriere kalkulierbarer gemacht. Die Ergebnisse der 2. CHE-Studie zeigen, dass dieser Schritt richtig und überfällig war. Mehr als zwei Drittel der Stelleninhaber sind eher bzw. sogar sehr zufrieden mit ihrer Situation.

Besonders erfreulich ist auch der hohe Frauenanteil von rd. 28 % gegenüber 12,7 % bei den C3/W2- und 8,7 % bei den C4/W3 Professuren. Deshalb wollen wir die Juniorprofessur nachhaltig ausbauen.

Eine notwendige Weiterentwicklung stellt die Ausstattung der Juniorprofessuren mit Tenure Track Optionen dar. Aktuell machen Hochschulen und Länder von der Möglichkeit des Tenure Tracks kaum Gebrauch. Während in den USA rund 80 % über eine entsprechende Option verfügen, sind es in Deutschland nur etwa 20 %. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Welche Rolle spielt für Sie der akademische Mittelbau? Welche Maßnahmen möchten Sie ergreifen, um den akademischen Mittelbau gegebenenfalls wieder zu stärken?



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten es für zentral, dass akademische Laufbahnen besser planbar werden, die Risiken langer Phasen prekärer Beschäftigung verringert werden und die Vereinbarkeit mit Familienbedürfnissen vergrößert. Wir wollen die Hochschulen in Deutschland für QuereinsteigerInnen wie für RückkehrerInnen und Forschende aus anderen Ländern öffnen. Wir setzen uns für eine gute Mischung aus befristeten und unbefristeten Stellen im wissenschaftlichen „Mittelbau“ ein. Die Juniorprofessur muss ausgeweitet werden. Aber auch neben der Professur, die nicht mehr zwingend zur Verbeamtung führt, muss eine unbefristete wissenschaftliche Karriere möglich sein.



Der akademische Mittelbau – darunter auch zahlreiche Promovierte und Doktoranden – ist mitentscheidend für die Qualität von Forschung und Lehre an den Hochschulen. Die CDU wird sich neben der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung auch für attraktive zusätzliche Karrierewege des wissenschaftlichen Mittelbaus einsetzen.



Keine Antwort.



Der Mittelbau stellt etwa 80 Prozent des wissenschaftlichen Personals an Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen und gehört demnach zu den wichtigsten Leistungsträgern in der Wissenschaft. Unser Grundansatz lautet, dass für Daueraufgaben in Lehre und Forschung auch Dauerstellen eingerichtet werden. Immer kürzere Befristungen und der Ersatz von regulärer Lehrleistung durch Lehrbeauftragte müssen zurück gedrängt werden.

Wir sprechen uns für eine Vereinfachung der Personalstrukturen und für eine größere Selbständigkeit des angestellten wissenschaftlichen Personals aus. Das nicht mehr zeitgemäße Lehrstuhlprinzip kann zugunsten projektorientierter Teamarbeit unter professoraler Koordination aufgegeben werden.

DIE LINKE fordert zudem, im Rahmen der Förderprogramme der DFG Anreize für die Schaffung selbständiger Wissenschaftlerstellen neben der Professur verstärkt zu fördern. Die bisherigen Programme, etwa „Eigene Stelle“, „Emmy Noether“-Nachwuchsgruppen sowie die „Heisenberg-Professur“ müssen reformiert und aufgestockt werden. Wir setzen uns ebenfalls für die Schaffung eines Nachwuchsprogramms auf Ebene des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) ein.



Der akademische Mittelbau trägt wesentlich zur Qualität der Forschungs- und Lehrleistung an den Hochschulen bei. Deshalb wollen wir ihn mit einem Förderprogramm stärken, damit nicht jede wissenschaftliche Karriere zwangsläufig auf eine Berufung als Hochschullehrer hinauslaufen muss.

Wie bewerten Sie die Wirkungen des Wissenschaftszeitgesetzes auf die Attraktivität und die Planbarkeit von wissenschaftlichen Karrieren? Sollte Ihrer Meinung nach am Wissenschaftszeitgesetz in seiner derzeitigen Form unter der aktuellen Finanzierungslage festgehalten werden?



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die anstehende Evaluation des von Union und SPD eingeführten Wissenschaftszeitvertragsgesetzes kritisch beobachten. Wir befürchten, dass dieses Gesetz durch die Möglichkeit, bei Drittmittelfinanzierung unbegrenzt befristete Verträge abzuschließen, weniger Planbarkeit und weniger Sicherheit für junge WissenschaftlerInnen bringt. Das würde die Attraktivität von Wissenschaft als Beruf in Deutschland zu stark schmälern. Wir wollen das Arbeitsrecht in der Wissenschaft weiterentwickeln und darin klare Regelungen für ein wissenschaftsspezifisches Befristungs- und Kündigungsrecht schaffen. Dann kann das unbefristete Arbeitsverhältnis endlich zum Regelfall werden.



Das neue Wissenschaftszeitvertragsgesetz fasst die Regelungen für die Qualifizierungsphase von Wissenschaftlern und die spezifische Befristungsregelungen zusammen. Davon profitieren insbesondere junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und auch Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Sie können nach dem Gesetzentwurf ihre zeitlich befristeten Drittmittelprojekte wesentlich transparenter und vor allem rechtssicher durchführen. Das eröffnet ihnen auch mehr Möglichkeiten in der Drittmittelinwerbung.

Mit dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz haben wir eine Familienkomponente für Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler eingeführt, die neben ihrer Forschungstätigkeit auch Erziehungsaufgaben übernehmen. Für jedes Kind kann sich die Qualifizierungsphase um zwei Jahre verlängern. Damit erhöhen sich insbesondere die Chancen für Frauen in der Wissenschaft.



Keine Antwort.

DIE LINKE. Die Koalition reagierte nach eigenen Angaben mit dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz auf die veränderten Bedingungen durch steigende Finanzierungsanteile durch Drittmittel an Hochschulen und Forschungseinrichtungen. DIE LINKE hat das Gesetz wiederholt kritisiert, da immer prekärere Arbeitsbedingungen im wissenschaftlichen Mittelbau die falsche Antwort auf die mangelnde finanzielle Planungssicherheit der Wissenschaftseinrichtungen darstellt.

Als besonders problematisch sehen wir die mit dem Gesetz erlaubten unbefristeten Befristungsregelungen sowie die Tarifsperre an. Diese beiden Vorschriften befördern die Herausbildung eines akademischen Tagelöhners. Wir fordern daher, die Befristungsmöglichkeiten wieder auf sechs Jahre zu begrenzen sowie tarifliche Regelungen für wissenschaftliches Personal auf Drittmittelstellen zuzulassen. Weiterhin muss endlich eine ernsthafte Evaluierung der Auswirkungen des Gesetzes vorgelegt werden.

SPD Die SPD setzt sich dafür ein, dass gerade junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler am Ende ihres Qualifizierungswegs nicht in eine Endlosschleife befristeter Beschäftigung geraten. Gerade die dadurch entstehende Unsicherheit hält viele Wissenschaftler von der Gründung einer Familie ab.

Die SPD hat sich deshalb im Wissenschaftszeitvertragsgesetz dafür stark gemacht, dass am Ende der akademischen Qualifizierung (nach 12 bzw. 15 Jahren) das allgemeine Arbeitsrecht greift, das in vielen Fällen Rechtsansprüche auf eine unbefristete Tätigkeit sichert. Der akademische Mittelbau trägt wesentlich zur Qualität der Forschungs- und Lehrleistung an den Hochschulen bei. Deshalb wollen wir ihn mit einem Förderprogramm stärken, damit nicht jede wissenschaftliche Karriere zwangsläufig auf eine Berufung als Hochschullehrer hinauslaufen muss.

Wissenschaft in der Gesellschaft

Wie beurteilen Sie den Stellenwert der Wissenschaft in der deutschen Gesellschaft?



Forschung ist die ständige Suche nach Neuem, nach Antworten auf neue Fragen. Die Freiheit zum Forschen ist ein hohes Gut. Sie ist in Deutschland durch die Verfassung geschützt. Gleichzeitig wird aber auch die Transparenz von Forschung angemahnt sowie die Offenlegung ihrer Ergebnisse, ihrer Leitfragen und Methoden. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Mittel aus staatlichen Haushalten stammen.

Nicht zuletzt geht es um die breite Öffentlichkeit, die Gesellschaft als Ganzes. Es kann erheblich zur gesamtgesellschaftlichen Legitimation von Wissenschaft und Forschung beitragen, wenn sie sich verständlich macht und wenn als wichtig empfundene Fragen offen, transparent und kontrovers diskutiert werden: Wo will Forschung hin? Welche Ziele und Schwerpunkte werden gesetzt? Was sind die Chancen, was sind die Risiken von bestimmten Forschungsgebieten? Wir setzen uns deswegen ein für einen breiten öffentlichen Diskurs über Forschungsthemen mit den ForscherInnen.

CDU Wissenschaft und Forschung entscheiden über den materiellen und auch den immateriellen Wohlstand einer Gesellschaft. Sie sind die entscheidende Grundlage für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung. Die Geisteswissenschaften bieten zudem unverzichtbares Orientierungswissen in einer sich schnell verändernden Welt.

Der Ideenreichtum und die Kreativität der Menschen sind wesentliche Vorteile Deutschlands im globalen Wettbewerb. Nur mit Entdeckergeist und Erfindungsreichtum können

wir überzeugende Antworten auf die Frage geben, wovon und wie wir morgen leben wollen. Wir brauchen technologische Innovationen und zugleich Menschen, die Forschungsergebnisse in Anwendungen übersetzen können. Die CDU bekennt sich zur besonderen Bedeutung der Grundlagenforschung und zur wissenschaftlichen Autonomie. Wir wollen Neugier, Entdeckergeist und das Interesse an Wissenschaft und Technik bei Kindern und Jugendlichen früher wecken und fördern. Im Rahmen des föderalen Bildungssystems werden wir einen Schwerpunkt in den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik setzen.



Keine Antwort.

DIE LINKE.

In zunehmend wissensbasierten Gesellschaften wie der unseren wird die Erarbeitung und Verbreitung neuer Erkenntnisse und Methoden zur Schlüsselfrage der Zukunftsfähigkeit. Die Große Koalition hat die Mittel für Wissenschaft und Forschung ausgeweitet, aber vor allem in marktnahe Disziplinen und Technologien investiert. Einer ausgeweiteten Drittmittel- und Auftragsforschung stehen stagnierende oder gar sinkende Grundbudgets von Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen gegenüber. Daraus resultieren Arbeitsbedingungen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die der Bedeutung von Wissenschaft nicht gerecht werden. Zudem sind gesellschaftlich sinnvolle, aber marktfernere Fragestellungen und Forschungsfelder unterrepräsentiert. DIE LINKE schlägt daher vor, die Bedeutung der Wissenschaft zu stärken, indem ihr Gemeinnutzen in der öffentlichen Kommunikation, aber auch in der Forschungsförderung in den Vordergrund rückt.



Spitzenforschung und Innovationskraft sind heute tragende Säulen einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft und sichern Beschäftigung und wirtschaftliches Wachstum. Gerade im Zeitalter der Globalisierung und der Wissensgesellschaft sind kreative Köpfe ein hohes Gut, um das weltweit gerungen wird. Hervorragend ausgebildete Menschen sind für die Zukunft unseres Landes genauso wichtig wie die Luft zum Atmen. Sie entscheiden in einer zunehmend auf Wissen ausgerichteten Welt, ob wir unsere Stellung als eine der führenden Industrie-, Handels- und Kulturnationen behaupten können.

Der wissenschaftliche Nachwuchs nimmt hierbei eine besondere Stellung ein. Er ist das Fundament und zugleich die Zukunft wissenschaftlicher Hochschulausbildung und eines leistungsfähigen Forschungssystems. Aus dem wissenschaftlichen Nachwuchs von heute rekrutieren sich die Forscherinnen und Forscher, aber auch die Lehrenden von morgen. Angesichts der wachsenden Wissensbasierung von Wirtschaft und Gesellschaft sowie des sich verschärfenden internationalen Wettbewerbs müssen wir alles daran setzen, ein nachwuchsfreundliches Klima zu schaffen. Der wissenschaftliche Nachwuchs hat einen Anspruch darauf, bestmöglich gefördert zu werden und optimale Entwicklungschancen in unserem Land zu erhalten.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, um Arbeit in der Wissenschaft familienfreundlicher zu gestalten?



Das bundesdeutsche Wissenschaftssystem ist noch immer stark von dem veralteten Idealbild des ausschließlich und jederzeit für die wissenschaftliche Arbeit verfügbaren Menschen geprägt. Dadurch geht dem deutschen Wissenschafts- und Forschungsbetrieb das Kreativitäts-, Ideen- und Inno-

vationspotenzial insbesondere gut ausgebildeter Frauen verloren. Der Wissenschaftsstandort Deutschland muss deshalb stärker als bisher auch auf die so genannten „weichen“ Standortfaktoren achten, wie Kinder- und Familienfreundlichkeit, Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit, Angebote für PartnerInnen in „dual career couples“ sowie eine gut ausgebaute soziale und kulturelle Infrastruktur.

CDU Die CDU will eine familiengerechte und kinderfreundliche Gesellschaft in Deutschland. Dies gilt auch für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Neben den massiven Investitionen in Bildung und Forschung hat die unionsgeführte Bundesregierung deshalb auch das Wissenschaftszeitvertragsgesetz um eine familienpolitische Komponente ergänzt.

Für Kinder unter drei Jahren wird bis 2013 mit Unterstützung des Bundes durch Länder, Kommunen und freie Träger ein bedarfsgerechtes Angebot geschaffen. Danach gilt ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr. Wir werden die Zusage einlösen, dass Eltern ab 2013 ein Betreuungsgeld monatlich erhalten, wenn sie keinen Krippenplatz in Anspruch nehmen. Wenn die Ausbauziele für die Kinderbetreuungseinrichtungen bereits vor 2013 erreicht werden, wollen wir auch das Betreuungsgeld vorzeitig einführen.



Kinder und Karriere lassen sich nur durch ein flexibles und gut ausgebautes Kinderbetreuungssystem, flexible Arbeitszeiten und Perspektiven für „dual carrier“ auf befriedigende Weise vereinbaren.

DIE LINKE.

Wissenschaftliche Karriere und Familienleben sind für männliche wie weibliche Wissenschaftler heute kaum vereinbar. Quantitative Bewertungs- und Evaluierungskriterien, etwa Publikationsindizes, müssen in ihrer Anwendung begrenzt werden. Daneben muss Kinderbetreuung an Hochschulstandorten zur Regeleinrichtung werden. Und nicht zuletzt sind die Bedingungen für berufliche, auch wissenschaftliche Karrieren von Frauen deutlich zu verbessern, damit das Alleinverdienermodell zum Auslaufmodell werden kann. DIE LINKE setzt sich für diese Ziele sowohl im Bund wie auch auf Landesebene ein.



In Zukunft wollen wir die Einführung des sogenannten Kaskadenmodells prüfen, das es ermöglichen soll, den Anteil von Frauen in Relation zu ihrem Anteil in der jeweils vorhergehenden Karrierestufe, immer weiter zu erhöhen. Da es in unserer Gesellschaft in erster Linie immer noch Frauen sind, die zu Gunsten der Erziehung ihrer Kinder beruflich zurück stecken, muss auch die Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlichem Beruf weiter verbessert werden. Die SPD will dazu ein Investitionsprogramm für Kindertagesstätten und Krippen an den Hochschulen realisieren.

Frauen sind in vielen Bereichen der Wissenschaft noch sehr schwach vertreten, besonders in höheren Ebenen. Auch im internationalen Vergleich gibt es in Deutschland sehr wenige Frauen, die eine Professur oder vergleichbare Stelle erreichen. Welche Gründe sehen Sie hierfür? Was würden Sie tun, um das Potential der Frauen, insbesondere im naturwissenschaftlichen und technischen Bereich, besser für die Gesellschaft zu nutzen?



Forschungs- und Institutionsförderung müssen an verbindliche Gleichstellungsziele geknüpft und Gender-Perspektiven selbstverständlicher Bestandteil von Forschungsfragen werden. Dass es nach wie vor viel weniger

Professorinnen als Professoren gibt, sehen wir als Auftrag für konsequente Frauenförderung – auch und gerade an der Spitze der Hochschulen. Wir wollen innerhalb eines angemessenen Zeitraums einen Anteil von mindestens 40 Prozent jedes Geschlechts auf allen Ebenen und in allen Fachbereichen erreichen. Als Modell für Steigerungsquoten sollte das Kaskadenmodell angewendet werden. Positive Anreize müssen etabliert werden. Wenn die Ziele nicht erreicht werden, sollten auch negative Sanktionsmaßnahmen nicht ausgeschlossen werden.

CDU Zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit in der Forschung können wir auf die Potenziale von Frauen nicht verzichten. Darauf hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in ihrem Entschließungsantrag zur Gleichstellungspolitik im Wissenschaftssystem hingewiesen. Die CDU will gezielt dem unterdurchschnittlichen Anteil von Frauen in wissenschaftlichen Berufen entgegenwirken.

Bereits heute fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung beispielsweise 200 Professuren für Frauen an ausgewählten Hochschulen. Diese haben sich im Wettbewerb mit hervorragenden Gleichstellungskonzepten durchgesetzt. So werden gleichzeitig herausragende Forscherinnen gefördert und es werden Strukturen verankert, die die Chancengerechtigkeit stärken. An diesem außerordentlich erfolgreichen Wettbewerb hat sich fast die Hälfte der deutschen Hochschulen mit ihrem Gleichstellungskonzept beteiligt.

FDP Bei der Wahl des Studienplatzes entscheiden sich heute junge Frauen immer noch öfter als ihre männlichen Kommilitonen für die geistes-, kultur- und sozialwissenschaftlichen Studiengänge. Die Forschungsförderung und damit die Promotionsintensität sind aber gerade in den mathematischen, naturwissenschaftlichen und technischen Fächern (so genannte MINT-Fächer) besonders hoch. Der Anteil der Frauen an den Habilitationen beträgt ca. 22,7 Prozent. Die jeweiligen Frauenanteile bezogen auf die Fächergruppen bieten eine ähnliche Verteilung wie bei den Promotionen, jedoch auf niedrigerem Niveau.

Hinzu kommt, dass durch einen schleichenden Rückgang von Professorenstellen besonders in den geistes-, kultur- und sozialwissenschaftlichen Fächern die Aufstiegschancen von Wissenschaftlerinnen von vornherein begrenzt sind.

Insgesamt hat sich die Zahl der Universitätsprofessorenstellen trotz steigender Studierendenzahlen seit 1995 bis heute um über 1.500 verringert, was einem Rückgang um 6,4 Prozent aller Universitätsprofessorenstellen entspricht.

Jedes Jahr suchen so tausende Nachwuchswissenschaftlerinnen nach einer Chance, ihre wissenschaftliche Karriere im Ausland voranzutreiben. Viele ausländische Hochschulen und Hochschulsysteme bieten schon aufgrund ihrer besseren Finanzausstattung und unbürokratischen Förderung attraktivere Karrierechancen für Frauen. Aber auch aufgrund hervorragender Verdienst- und Karrieremöglichkeiten in Industrie und Wirtschaft verlieren die Hochschulen in vielen Fächern den dringend benötigten hochqualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchs.

DIE LINKE. DIE LINKE. geht davon aus, dass strukturelle Hindernisse für die Durchsetzung von Chancengleichheit in Forschung und Lehre nicht grundsätzlich durch individuelle Anpassungsmechanismen überwunden werden können. Deshalb müssen - bei aller Bedeutung spezifischer Förderprogramme - die wesentlichen Weichenstellungen über die Koppelung von Gleichstellungszielen mit Anreiz- und Gratifikationssystemen einschließlich Sanktionsmechanismen in der Forschungsförderung insgesamt erfolgen.

Eine strukturelle Neugestaltung ist auch im Bereich der Gewinnung und Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses gefordert. Im Zentrum der Kritik steht die individuelle Nachwuchsförderung durch Lehrstuhlinhaberinnen und -inhaber. Diese Form der Auswahl und Betreuung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern leistet informellen Verfahren Vorschub, die Frauen ausgrenzen. Nachwuchsförderung sollte daher Aufgabe der Institute werden, die in diesem Rahmen transparente Standards zur Auswahl und Betreuung sowie eine verantwortliche Personalplanung und -entwicklung einführen.

Wegweisend ist für DIE LINKE die allgemeine Einführung anonymer Bewertungsverfahren als „Double-blind-Verfahren“. Solche Verfahren erhöhen nachweislich die Erfolgsquote von Frauen bei Forschungsanträgen wie bei der Einreichung von Artikeln in Zeitschriften mit Peer-Review.



Als SPD wollen wir das erfolgreich gestartete Professorinnen-Programm weiter ausbauen. Das Programm belohnt Gleichstellungskonzepte mit einer über fünf Jahre laufenden Anschubfinanzierung für die Berufung von Frauen auf eine W2/W3-Professur. Die ersten Erfolge sind sichtbar. Nun gilt es über eine Ausweitung des Programms, den Anstieg des Frauenanteils in Leitungsfunktionen von Hochschulen und Forschungseinrichtungen fortzusetzen.

Zusätzlich wollen wir die Juniorprofessur weiter fördern, die in Ergänzung zum Professorinnen-Programm zu einer stärkeren Beteiligung von Frauen führen wird. Die von Edelgard Bulmahn ins Leben gerufene Exzellenzinitiative hat in den ersten Jahren des Programms ebenfalls einen wichtigen Impuls für mehr Gleichstellung in der Wissenschaft gesetzt. Bei der Ausgestaltung der Fortsetzung der Exzellenzinitiative werden wir sicherstellen, dass die Förderung von Frauen und Gleichstellungskonzepten ein Entscheidungskriterium in allen Förderlinien bleibt.

Doktorandenausbildung

Welche Defizite sehen Sie in den (teilweise fächerspezifischen) Finanzierungs- und Beschäftigungsmodellen für Doktoranden in Deutschland? Wie kann eine angemessene soziale Absicherung, insbesondere in der Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung, auch für Stipendiaten kostengünstig ermöglicht werden?



Das grüne Modell der Bürgerversicherung würde für den Bereich der Krankenversicherung eine Lösung bieten. Im Bereich von geringen Einkommen wollen wir ein Progressivmodell einführen, das die Sozialabgaben staffelt. Auch Stipendien würden dadurch nur in einem zumutbaren Umfang belastet.

tet.

CDU Keine Antwort.



Keine Antwort.

DIE LINKE.

Insbesondere in den weniger drittmittelstarken Fächern der Sprach-, Kultur- und Sozialwissenschaften müssen Doktoranden mit Beschäftigung auf halber Stelle rechnen. Da sie dabei nicht nur an ihrem ei-

genen Projekt, sondern in der Regel auch für den Lehrstuhl arbeiten, beziehen sie ein Gehalt weit unter Aufwand und ihrer Qualifikation. Abhilfe kann nur eine Reform der Personalstruktur an den Hochschulen schaffen. DIE LINKE hat bereits den Vorschlag gemacht, die Kategorie des angestellten Forschers/ der angestellten Forscherin auch an Hochschulen einzuführen. Damit würden Leistungen des wissenschaftlichen Mittelbaus angemessen in Status und Bezahlung abgebildet.

Anders sieht die Situation der Stipendiatinnen und Stipendiaten aus, die vor allem vor dem Problem fehlender Sozialleistungen stehen. Dagegen müssten die Leistungen der Förderwerke so erhöht werden, dass Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung aus dem Stipendium zusätzlich selbst bezahlt werden können. In jedem Stipendienmodell bleibt schließlich das Problem der fehlenden Ansprüche auf die Arbeitslosenversicherung. Daher bleibt für uns der Einsatz für mehr Stellen im wissenschaftlichen Mittelbau statt Stipendien zentraler Ansatzpunkt linker Hochschulpolitik.



Wir werden durch die deutliche Steigerung der Mittel für die außeruniversitäre Forschung um jährlich 5 % im Rahmen des Paktes für Innovation und Forschung zusätzliche Mittel freisetzen, um auch Promotionsstellen sowie exzellente Rahmenbedingungen für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu schaffen. Auch die Exzellenzcluster bilden ein hervorragendes Umfeld für den wissenschaftlichen Nachwuchs, indem an den Universitäten international sichtbare und konkurrenzfähige Forschungseinrichtungen etabliert werden, die mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Fachhochschulen und der Wirtschaft kooperieren. Unser Ziel ist es, mehr Promotionsstellen zu schaffen, die den Lebensunterhalt sichern und dabei ausreichend Raum für die eigene Qualifizierung vorsehen.

Welche Möglichkeiten sehen Sie zur Verbesserung der Betreuungsbedingungen von Doktoranden? Wie könnte das Betreuungsverhältnis, gerade an den Universitäten, deutlich verbessert werden? Erscheint Ihnen die Wiedereinführung eines personalstarken Mittelbaus als eine gute Möglichkeit?



Die Graduiertenschulen im Rahmen der Exzellenzinitiative sehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als einen sinnvoller Schritt, um den wissenschaftlichen Nachwuchs besser auszubilden und auch besser an die Lehre heranzuführen. Für einen besseren Betreuungsschlüssel in der Breite brauchen wir eine bessere Grundfinanzierung der Hochschulen. Hier sind die Länder in der Pflicht.



Im Rahmen des Bologna-Prozesses wird die Bedeutung der Ausbildung von Doktoranden einen noch größeren Stellenwert erhalten. Ohne diese Vielfalt der Promotionsmöglichkeiten einzuschränken, muss die Promotionsphase in ihrer Qualität weiter verbessert und klarer strukturiert werden. Mehr Selbständigkeit und Eigenverantwortung der Doktoranden sollen zu einer gezielten Qualifizierung auch außerhalb der Wissenschaft führen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat Bund und Länder aufgefordert, zu einer verstärkten Förderung und Betreuung von Doktorandinnen und Doktoranden zu kommen.



Gerade der Aufbau von Graduiertenkollegs kann ein wirksames Instrument darstellen. Durch eine adäquate wissenschaftliche Betreuung und Austauschmöglichkeiten wird den Doktoranden ein Arbeitsumfeld geboten, welches Supervision ohne allzu enge Fesseln ermöglicht.

Aber auch der klassische Weg zum Doktorgrad, das Promovieren auf einer Mitarbeiterstelle am Lehrstuhl oder über drittmittelfinanzierte Forschungsprojekte, bedarf verbesserter Bedingungen. Ein erheblicher Anteil der wissenschaftlichen Mitarbeiter an Lehrstühlen verfügt nach eigener Einschätzung über nicht genügend Zeit zur Arbeit an der Promotion. Gerade hier könnte ein Wissenschaftstarifvertrag effektive Abhilfe verschaffen, etwas wofür sich die FDP schon seit langer Zeit einsetzt.

DIE LINKE. DIE LINKE schließt sich der Einschätzung an, dass ein starker Mittelbau die Betreuungssituation verbessern wird. Wir setzen dabei insbesondere darauf, die Verantwortung für den sogenannten wissenschaftlichen Nachwuchs vom Lehrstuhl auf die Fachbereichsebene zu übertragen. Jenseits der natürlich weiter bestehenden und notwendigen individuell geregelten Zusammenarbeit mit einzelnen Professuren, könnten Fachbereiche so eine angemessene und transparente Betreuung für alle leisten.

SPD Während die Zahl der Promovierenden in Deutschland steigt und die der Hochschullehrerstellen stabil bleibt bzw. sogar leicht sinkt, ist davon auszugehen, dass die Betreuungsbedingungen von Doktoranden sich in den vergangenen Jahren eher verschlechtert haben. Um diese Situation zu verbessern, wollen wir neben den Programmen für den Mittelbau und für Professorinnen 200 zusätzliche Professuren im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich schaffen. Wir brauchen mehr Lehrpersonal, damit eine angemessene Betreuung von Studierenden und Doktoranden sichergestellt werden kann.

Wir werden zudem die strukturierte Promotionsausbildung in Graduiertenkollegs bzw. Graduiertenschulen als erste Phase eigenständiger wissenschaftlicher Arbeit im Rahmen der Exzellenzinitiative weiter stärken. Sowohl Graduiertenkollegs als auch –schulen tragen zu einer engen Anbindung an den Wissenschaftsbetrieb als auch zum regelmäßigen, interdisziplinären Austausch zwischen den Promovierenden bei.

Inwieweit sollten außeruniversitäre Forschungseinrichtungen bzw. Fachhochschulen das Recht zur Promotion bekommen?

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN** Vor dem Hintergrund zunehmend intensiver Forschungsaktivitäten an Fachhochschul-Studiengängen halten wir die Stärkung des kooperativen Verfahrens zur Promotion zwischen Universität und Fachhochschule, wie es in einigen Bundesländern möglich ist, für wichtig. Dazu regen wir an, in allen Bundesländern die Grundlagen für entsprechende Vereinbarungen zwischen Universitäten und Fachhochschulen zu schaffen. Gleiches gilt für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen.

CDU Das differenzierte deutsche Hochschul- und Wissenschaftssystem hat sich bewährt. Jeder Hochschultyp und auch die außeruniversitären Forschungseinrichtungen sollen in ihrer Entwicklung gefördert werden. Wo es sinnvoll ist, strebt die CDU auch die Bündelung der Forschungspotentiale unter einem Dach an, wie dies schon beim Karlsruher Institut für Technologie (KIT), dem Zentrum für Neuro-degenerative Erkrankungen und dem Nationalen Diabeteszentrum geschehen ist.

FDP Die FDP vertritt die Auffassung, dass das Promotionsrecht exklusiv bei den Universitäten verbleiben sollte. Gleichzeitig werden wir die Kooperationsbemühungen zwischen Universitäten, Fachhochschulen und außeruniversitären For-

schungseinrichtungen, insbesondere auch mit Blick auf die Qualifikation des wissenschaftlichen Nachwuchses, nachdrücklich unterstützen.

DIE LINKE. DIE LINKE unterstützt verstärkte Kooperationen zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, in deren Rahmen Promotionen unter doppelter Flagge möglich sein sollten. Das Promotionsrecht sollte allerdings bei den Hochschulen bleiben. Nur dort ist die wissenschaftliche Breite gewährleistet, die Doktorandinnen und Doktoranden eine angemessene Praxis in Forschung und Lehre ermöglicht. Außerdem ist das Promotionsrecht der Universitäten ein notwendiger Anreiz für die gut ausgestattete außeruniversitäre Forschung, sich auf Universitäten und ihre Studierenden zu bewegen. Aus Sicht der Bildungs- und Forschungspolitik ist es wünschenswert, wenn auf Dauer zwischen den unterschiedlich finanzierten und organisierten Systemen der Hochschulen und der außeruniversitären Einrichtungen Synergieeffekte entstehen.



Keine Antwort.

Wissenschaftskommunikation

Wie stellen Sie sich ein Programm vor, welches wissenschaftliche Erkenntnisse aufbereitet und flächig an Schulen anbietet, nicht nur an einigen wenigen universitätsnahen Schulen? Welche Aktivitäten stellen Sie sich zur Förderung der Wissenschaftskommunikation auf Seiten der Wissenschaftler vor?



Um die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Schulen und Betrieben zu stärken, würden wir die vermehrte Herausbildung von entsprechenden Netzwerken begrüßen. Wissenschaftskommunikation sollte in Zukunft eine größere Rolle für Forscherinnen und Forscher spielen, da dies für diese Einbettung der Forschung in die Gesellschaft von zentraler Bedeutung ist. Wir denken beispielsweise an digitale und analoge Zielgruppenkommunikation, die ausgebaut werden könnte.

CDU Zur Vermittlung von Wissenschaft trägt der Wissenschaftszug "Expedition Zukunft" bei, der in diesem Jahr durch Deutschland fährt und in den folgenden Jahren als Botschafter des Forschungsstandortes Deutschland auch in anderen Ländern unterwegs sein wird.

Das Interesse an Wissenschaft muss in jeder Generation neu geweckt werden. Im Übrigen gilt, dass gerade bei Kindern das Interesse an Wissenschaft und Technik früher geweckt und gefördert wird. Deshalb werden wir wie bereits erwähnt einen Schwerpunkt in den MINT-Fächern setzen.



Keine Antwort.

DIE LINKE.

Sehr begrüßen würden wir Programme, mit deren Unterstützung Wissenschaftler einzelne Stunden an Schulen gestalten könnten, um die Neugier auf Studieren und auf Forschung zu wecken. Jenseits der Stoffvermittlung im tradierten Schulalltag ist gut vorstellbar, dass bei solchen Gelegenheiten der besondere Funke überspringen kann. Umgekehrt unterstützt DIE LINKE in den Ländern die Einrichtung von SchülerInnenlabors und Technikzentren für Schulkinder an Universitäten. Grundsätzlich sehen wir enge Grenzen der Wissenschaftskommunikation, wenn der damit verbundene Aufwand an Kompetenzentwicklung, Organisation und Öffentlichkeitsarbeit den Forschenden überantwortet wird. Vielmehr braucht es dafür eigene kompetente Öffentlichkeitsabteilungen an den Hochschulen, die ihren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern bei Bedarf Weiterbildungsmöglichkeiten anbieten, sie in Termine einbinden und Kontakte zu interessierten Einrichtungen herstellen.

SPD

Wir wollen Kooperationen zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Schulen sicherstellen, damit sich gerade junge Menschen für die Wissenschaft begeistern und nicht erst im Studium mit wissenschaftlichem Denken in Berührung kommen. Aber nicht jede Erfindung dient dem Fortschritt. Darum prüfen wir sie darauf, ob sie der freien Entfaltung, der Würde, der Sicherheit und dem Miteinander der Menschen nutzt. Dies gilt beispielsweise für die Bio- und Gentechnologie und die neuen Möglichkeiten der Medizin. Sie führen uns in einigen Bereichen in ethische Grenzbereiche. Ihre Erforschung, Förderung und Anwendung erfordern deshalb eine ethische Reflexion sowie einen breiten gesellschaftlichen Diskurs.

Wie stehen Sie zum Missverhältnis von durch Steuergelder ermöglichte wissenschaftlicher Erkenntnis und der eher selten gegebenen (kosten-)freien Verfügbarkeit dieser Informationen?



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass Forschungsergebnisse, die mit öffentlichen Geldern erzielt wurden, der Öffentlichkeit auch frei zugänglich gemacht werden. Deshalb unterstützen wir Open Access im Wissenschaftsbereich.

CDU

Neben dem Schutz des materiellen Eigentums bedarf es in der Wissensgesellschaft auch eines hinreichenden Schutzes geistigen Eigentums. Dies gilt ebenso für die öffentlich finanzierte oder teilfinanzierte Forschung. Open Access kann eine wichtige Rolle in der Wissenschaft spielen und ist doch nicht für jedes Fach die geeignete Publikationsform. Die CDU will Wissenschaft und Forschung mit der bestmöglichen Informationsinfrastruktur ausstatten und setzt sich für einen fairen Ausgleich der Interessen von Bildung und Wissenschaft, von Künstlern, Kultur- und Kreativwirtschaft, von Verbraucher- und Datenschutz sowie der Technologieanbieter ein.

FDP
Die Liberalen


Der FDP geht es hier um die Frage, in welchem Maße die Ausschließlichkeitsrechte der Urheber und Verlage zurücktreten sollen zugunsten der Belange von Nutzern in Bildung, Wissenschaft und Forschung. Für uns Liberale steht fest, dass auch die digitale Welt ein starkes Urheberrecht braucht, denn erst ein wirksamer Schutz des geistigen Eigentums durch das Urheberrecht schafft die notwendigen Anreize für kreative Tätigkeit und für Investitionen in deren wirtschaftliche Verwertung.

Selbstverständlich ist es wichtig, dass digitale Medien für wissenschaftliche Arbeiten in möglichst großem Umfang zur Verfügung stehen, um die Qualität von Forschung und Lehre durch eine moderne Informationsinfrastruktur zu verbessern. Dies zu bewältigen,

fällt den öffentlichen Einrichtungen aus finanziellen Gründen schwer. Die FDP fordert deshalb seit langem und auf allen politischen Ebenen, dass die finanzielle Ausstattung von Bildungs- und Forschungseinrichtungen nachhaltig verbessert wird.

DIE LINKE. DIE LINKE unterstützt den Open-Access-Ansatz für die Wissenschaft und wird sich daher für eine Novelle des Urheberrechts einsetzen.

Ziel der Novelle muss sein, den spezifischen Charakter öffentlich finanzierter Wissensproduktion im Unterschied zu reiner Auftragsforschung oder kommerzieller Innovation deutlich zu machen. Neu geregelt werden soll aus Sicht der LINKEN die Möglichkeit einer mehrfachen Erstveröffentlichung wissenschaftlicher Publikationen. Damit würde der Weg zu Open-Access-Veröffentlichungen freigemacht und ein breiter Zugang zum Wissen aus öffentlich geförderter Forschung eröffnet.

 Mit der Novellierung des Urheberrechtes wurden aus bildungs- und forschungspolitischer Sicht schon wichtige Verbesserungen erreicht, beispielsweise die Sicherung der Online-Leseplätze und der Kopierendirektversand. Wir wollen in einem weiteren Schritt prüfen, wie das Prinzip eines freien und für die Nutzer im Regelfall kostenlosen Zugangs zu produziertem Wissen (Open Access), das mit öffentlichen Mitteln gefördert wurde, auch in Deutschland festgeschrieben werden kann.

Darüber hinaus sollte ein Zweitverwertungsrecht für Urheber von wissenschaftlichen Beiträgen geprüft werden, die überwiegend im Rahmen einer mit öffentlichen Mitteln finanzierten Lehr- und Forschungstätigkeit entstanden sind.